Die Gemeinde Probsteierhagen beschließt folgende Resolution gegen eine Reaktivierung der Kiel-Schönberger-Eisenbahn.

Die Gemeindevertretung Probsteierhagen fordert die Verantwortlichen im Kreis Plön als auch im Land auf, die weitere Planung für eine Reaktivierung der Kiel-Schönberger-Eisenbahn einzustellen.

Für den Amtsbereich des Amtes Probstei mit seinen ca. 21.000 Einwohnern in 20 Gemeinden wird ein System des ÖPNV benötigt, dass für die Menschen in allen Gemeinden kurzer Zugangsweg zu den öffentlichen Verkehrsmitteln beinhaltet.

Die geplante Bahnlinie der Kiel-Schönberger-Eisenbahn zwischen Kiel und Schönberg / Schönberger Strand berührt fünf Gemeinden. Potentielle Nutzer einer Bahn aus 15 Gemeinden im Amtsbereich, müssten nach wie vor über eine Busverbindung zu den vorgesehenen Zugangsstationen Schönberg und Probsteierhagen gebracht werden.

Da es nach wie vor kein Bus-Bahn-Konzept gibt, bleibt die Frage offen, wie die Menschen die die Bahn nutzen sollen zur Arbeit in das Gewerbegebiet Söhren kommen, zum Ärztehaus in Wellingdorf, zur Fachhochschule in Dietrichsdorf, zu den Howaldswerken, zum Stakendorfer Strand, nach Brasilien, Kalifornien oder zum Holm. Hier fahren regelmäßig die Busse. Wie kommen unsere Schüler/innen zur Gemeinschaftsschule nach Schönberg. Jetzt hält der Bus 5 x in unserer Gemeinde und fährt direkt zu den Unterrichtszeiten zur Gemeinschaftsschule.

Die, selbst von Abgeordneten des Kieler Landtages aufgestellte Behauptungen einer Halbierung der Fahrzeiten vom Schönberger Bahnhof zum Kieler Hauptbahnhof wird durch einen Blick in den Fahrplan relativiert. Die Fahrzeit der Busse von Schönberg über Anschützsiedlung / Schönkirchen (bei 26 Haltestellen) dauert 42 Minuten. Ohne über die Anschützsiedlung (bei 23 Haltestellen) zu fahren 37 Minuten. Der Zug soll 27 Minuten fahren. Bei 7 Haltepunkten. Es gibt zwar noch keinen Zugfahrplan, aber eine Halbierung der Fahrzeit gegenüber dem Bus lässt sich nach Außen immer gut verkaufen.

Die touristisch interessanten Gemeinden im Amt Schrevenborn aber auch alle anderen touristischen Standorte im Kreis Plön werden von einer reaktivierten Bahn außer den zu erwartenden Folgekosten nicht profitieren. Folglich wird das eingangs genannte Ziel nicht erreicht.

Für die Reaktivierung der Bahn wurden bis zum Beginn diesen Jahres Gesamtkosten von 30 Millionen € genannt. Danach sprach man von 50 Millionen €. Um diese Kostensteigerung der Bevölkerung als annehmbar hinzustellen, wurde in der Presse, von interessierter Seite ja gar vom Wirtschaftsminister des Landes Schleswig-Holstein von einer Steigerung um 40% gesprochen. Wohlwissend, dass es sich um **eine Steigerung um 70%** handelt. Mittlerweile liegen die kalkulierten Kosten bei 70 Millionen Euro ohne Mehrwertsteuer.

Dies entspricht einer Nettosteigerung von 133 %.

Ohne Not und ohne wirtschaftlichen Nutzen soll ein SPNV etabliert werden, welcher nach offiziellen Berechnungen jährlich mit 2 Millionen € subventioniert werden muss. Darüber hinaus wird die einzige finanziell erfolgreiche Buslinie der VKP zu einem Zuschussbetrieb mit einem prognostizierten jährlichen Überschuss von 250.000 € herabgestuft. In diesen Kosten ist der finanzielle Mehraufwand für die Zubringerbusse noch nicht enthalten. Überschuss und finanzieller Mehraufwand der VKP wird vom Kreis Plön und damit letztendlich über die Kreisumlage von allen 85 Gemeinden des Kreises zu tragen sein.

Die Gemeindevertretung Probsteierhagen fordert alle Verantwortlichen auf, bei Finanzen, bei den Fahrzeiten und Eingriffen bei den Schutzgütern Mensch und Natur bei der Wahrheit zu bleiben.

Der Eingriff in die Natur, besonders im Bereich der Streckenverlegungen in Probsteierhagen ist so groß, dass es erstaunt, dass weder die Partei Bündnis 90 / die Grünen noch irgendein Naturschutzbund sich gegen eine Reaktivierung ausspricht. In diesem Zusammenhang wird auf die Einlassungen der Gemeinde Probsteierhagen, des Beirat für Natur und Umwelt in der Gemeinde Probsteierhagen und der Bürgerinitiative „Für den Bus, gegen die Bahn“ zur vorläufigen Umweltverträglichkeitsprüfung hingewiesen. Diese Schriftstücke liegen dem Wirtschaftsministerium –Amt für Planfeststellung Verkehr- seit Mai / Juni 2018 vor.

Im Kreis Plön läuft zurzeit ein Versuchsprojekt mit zwei E-Bussen. Dieser Ansatz ist unseren Erachtens der richtige Weg, um die Erschließung eines Flächenkreises mit einem zukunftsweisenden und wirkungsvolleren ÖPNV zu versorgen.

Leistungsfähige Buslinien, kombiniert mit Rufbussen bei denen die Möglichkeit besteht Fahrräder und / oder Kinderwagen und Gepäck mitzunehmen sind in einem touristisch geprägten Bereich wie dem Kreis Plön geeigneter, wirtschaftlicher und ökologisch sinnvoller als eine Bahn mit starrer Streckenführung und wenigen Haltepunkten.

Die Stadt Kiel zeigt, dass mit dem Einsatz von Bussen mit Hybridantrieb –Werbeslogan: „Ich spare 10.000 Liter Diesel im Jahr“-, mit Elektroantrieb oder anderen Antriebsenergien bedeutend mehr CO2 eingespart werden kann als mit einem LINT-Schienenfahrzeug.

Sollten die Argumente der Gemeinde Probsteierhagen und anderer Gemeinden in den Überlegungen zur Reaktivierung der Kiel-Schönberger-Eisenbahn keine Berücksichtigung finden, fordern wir eine aktuelle und ehrliche Kosten-Nutzen-Rechnung, ein Planfeststellungsverfahren für die gesamte Streckenführung und eine Nutzerprognose die sich an nachvollziehbaren Werten orientiert.

Diese Resolution ist an den Kreistag des Kreises Plön, die Fraktionen des schleswig-holsteinischen Landtages und das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein zu richten.

Beschlussvorschlag zum TOP

„Resolution der Gemeinde Probsteierhagen zur Reaktivierung der Kiel-Schönberger-Eisenbahn“

Beschluss:

- 1. Die Gemeindevertretung beschließt, die vorliegende Resolution.**
- 2. Die Resolution und dieser Beschluss ist umgehend den im Schreiben genannten Adressaten zuzustellen.**
- 3. Mit Schreiben des Amts für Planfeststellung Verkehr –APV- vom 07.08.2018 mit Anlage vom 03.08.2018 Az: APV 14 -622.721-24 wurde dem Vorhabenträger eine Erweiterung des Untersuchungsrahmens zur Umweltverträglichkeitsprüfung -UVP- auferlegt. Diese erweiterte UVP ist gemäß Informations-Zugangs-Gesetz des Landes Schleswig-Holstein –IZG SH- § 3 i. V. m. § 8 der Gemeinde zur Kenntnis und weiteren Stellungnahme vorzulegen.**

Abstimmung:

Stimmberechtigte:

Ja-Stimmen:

Nein-Stimmen:

Enthaltungen:

Befangen: